

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 93 (2018)
Heft: 1

Vorwort: Pflästerli-Politik
Autor: Forster, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pflästerli-Politik



Im November beauftragte der Bundesrat das Departement von Johann Schneider-Ammann, innert Jahresfrist Massnahmen zu prüfen, um die Flucht Tausender von Schweizer Wehrpflichtigen in den unsäglichen Zivildienst «substantiell» abzubauen.

*

Der Bundesratsbeschluss stellt eine einzige Enttäuschung dar. Selbstverständlich ist zu hoffen, dass die Massnahmen später einmal der Flucht in den Zivildienst Einhalt gebieten.

Doch erstens dauert es, bis die Massnahmen greifen – wenn überhaupt. Bis dahin verlieren wir einfach noch einmal von einem Jahrgang 6000 oder 7000 Kader und Soldaten.

Zweitens, und das ist gravierender, packen die Massnahmen die Wurzel des Übels, die freie Wahl, nicht an. Die Abwanderung in den ZD hielt sich in Grenzen, solange die Bewerber in einer Prüfung beweisen mussten, dass sie aus Gewissensgründen den Dienst verweigerten.

Mit der unseligen Aufhebung der Prüfung brachen die Dämme. Wir berichten seit 2009 vom Missbrauch des Zivildienstes – bis zu den Chauffeuren, die sich 15 000 Franken für die Lastwagenprüfung ersparen, indem sie sich in der Armee von den besten Fahrlehrern ausbilden lassen und dann in den ZD abhauen.

Solange der Bundesrat und das Parlament die freie Wahl belassen, treiben sie Pflästerli-Politik. Was bringt es, für Kader die ZD-Tage nicht mehr mit 1,1 zu multiplizieren, sondern mit 1,5? Die GSoA wird die Abgänger auch dasch «richtig» beraten.

Das Bundesgesetz lautet: «Das Gesuch muss eine Erklärung der gesuchstellenden Person enthalten, dass sie den Militärdienst *mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren kann* und bereit ist, Zivildienst ... zu leisten.»

Seit 2009 hebelt die Praxis das Gesetz aus. Man rede mit Schulkommandanten. Was sie an fadenscheinigen Gründen aufzählen, ist unfassbar, empörend und des freiheitlichen Rechtsstaates unwürdig.

*

Abhilfe ist nicht in Sicht. Ich hatte die Ehre, nach dem Pflästerli-Entscheid einen höchst erfahrenen Troupier zu hören:

«Entweder ist einer bereit, Dienst mit der Waffe zu leisten. Oder er kann das mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, was zu achten ist. Wir bieten an: den Wehrdienst als Regelfall – oder dann für alle, die nicht mit der Waffe dienen können, den Zivilschutz, der nicht so bequem ist wie der Zivildienst. Braucht es da den Zivildienst überhaupt?»

Ein bestechender Gedanke, relativiert von der Verfassung. Nur fragt sich, ob die Verfassungsgeber seinerzeit ahnten, dass Drückeberger den Zivildienst heute derart mies missbrauchen.

Peter Forster, Chefredaktor